



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/159 - 16. Juli 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 84831-33
Fernschreiber 0886890

Hauptgemeinschaft des Einzelhandels bestätigt Finanzierung der CDU	S. 1
"Gewissensforschung" der italienischen Christ-Demokraten	S. 2
Neuer Job für McCarthys Jünger	S. 4
Bilanz einer "umfassenden Reform"	S. 5
"Man braucht wirklich kein Freund der SPD zu sein"	S. 7

"Wenn das Geld im Kasten klingt..."

sp- Im Sozialdemokratischen Pressedienst P/XII/154 vom 10. Juli 1957 veröffentlichten wir ein Rundschreiben der "Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, das zur Unterstützung der Kandidatur des CDU-Bundestagesabgeordneten Meyer-Ronnenberg durch finanzielle Zuwendungen an die CDU aufforderte. Mit Schreiben vom 15.7. hat nun die "Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels" in Köln dieses Rundschreiben noch einmal bestätigt. Sie begründet ihre Aufforderung zur Finanzierung der CDU u.a. mit folgenden Argumenten:

"Sie wissen so gut wie wir, dass es zu den Gepflogenheiten der Bonner Parlamentspolitik gehört, Gruppeninteressen durch Abgeordnete wahrnehmen zu lassen... Wir finden diesen politischen Stil, der wirklich nicht auf einzelne Parteien beschränkt ist, nicht besonders glücklich - aber wir haben ihn auch nicht erfunden; und wenn ein Berufsstand von der Grösse und der Bedeutung des Einzelhandels im alten Bundestag nur mit drei Angehörigen vertreten war, dann dürften auch Sie für den Wunsch Verständnis haben, dass wenigstens diese drei Abgeordneten wieder ins neue Parlament einzziehen...

"Wir hätten auch die Kandidatur eines sozialdemokratischen Einzelhandelskaufmanns jederzeit unterstützt, falls man uns deswegen angegangen wäre. Uns liegt nicht an der Weltanschauung, sondern an der Qualifikation und Sachkunde eines Abgeordneten... Wir würden es aufrichtig bedauern, wenn sich die SPD nicht dazu entschliessen könnte, einen Einzelhandelskaufmann aufzustellen."

"Die Vorwürfe im SPD-Pressedienst treffen also nicht die Hauptgemeinschaft, sondern sie treffen ... sie allgemein und bei allen Parteien übliches Verfahren. Solange die Parteien nicht, wie es Art. 21 des Grundgesetzes vorsieht, öffentlich Rechenschaft über

16. Juli 1957

die Herkunft ihrer Mittel ablegen müssen, wird dieses Verfahren üblich bleiben."

Wir müssen schon sagen, dass wir uns über diese Antwort der "Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels" auf unsere Veröffentlichung einigermassen gewundert haben, denn sie verrät neben einer gewissen Sachkenntnis über die Praxis Bonner Parteien doch ein zu grosses Mass von Anpassung an den schlechten Stil in einer missbrauchten Demokratie, sowie Ignoranz gegenüber der politischen Praxis der SPD und ihrer Einstellung zur Demokratie.

Wir verwarfen uns mit aller Entschiedenheit dagegen, in diesen Praktiken unter die Kategorie "ein allgemein und bei allen Parteien übliches Verfahren" mit eingereiht zu werden. Wir haben seit Bestehen des Bundestages das im Grundgesetz vorgesehene Parteiengesetz und die Offenlegung der Finanzen der Parteien gefordert. Die Sozialdemokratie ist auch erwiesenermassen die einzige Partei, die in ihren Jahresberichten öffentlich Rechenschaft legt über ihre Einnahmen und Ausgaben, ohne dazu gesetzlich gezwungen zu sein. Bekannt ist auch, dass sich die sozialdemokratische Bundestagsfraktion mit Entschiedenheit gegen die steuerliche Abzugsfähigkeit von "Spender" an politische Parteien gewandt hat, da sie darin ein Mittel politischer Korruption sah und noch sieht.

E tatsächlich ist es zur bedauerlichen Praxis der Bonner Parlamentspolitik - zwar nicht der Sozialdemokratie - geworden, Gruppeninteressen durch Abgeordnete wahrnehmen zu lassen. Hier hat der Lobbyismus unter den Abgeordneten eigenartige Blüten getrieben. Diese Spezialisierung auf Gruppeninteressen geht weit über das verständliche Bemühen der Parteien hinaus, möglichst alle Bevölkerungskreise in ihren Fraktionen vertreten zu sehen.

In einem echten demokratischen Parlament ist die Verantwortung eines Abgeordneten vor seinen Wählern über jedes Gruppeninteresse gestellt, wie es auch das Grundgesetz vorschreibt. Schliesslich wird in einem Wahlkreis ein Abgeordneter nicht von Einzelhändlern oder Apothekern, Sektellereibesitzern oder Industriellen gewählt, sondern von allen Schichten, die er auch im Parlament zu vertreten hat. So ist es nur natürlich, dass sich die Sozialdemokratie an diese demokratische Verpflichtung gebunden fühlt und sich aus der Natur der Sache nicht in der Lage sieht, etwa die "Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels" um die Unterstützung einer sozialdemokratischen Kandidatur "anzugehen". Auch die SPD hätte sich mit Recht darauf berufen können - und das erwies sich gerade bei den letzten Parlamentsdebatten um das Wettbewerbsgesetz - dass sie bereit ist, sich für die berechtigten Interessen auch des Einzelhandels im Parlament zu verwenden. Allerdings wird sie nie bereit sein, etwa zum Schaden anderer Bevölkerungsschichten Sonderinteressen einer Gruppe zu vertreten. Darin besteht eben der Unterschied zwischen der Sozialdemokratie und gewissen anderen Parteien, dass sie nicht bereit ist, die parlamentarische Demokratie in eine ständische Interessenvertretung umzuwänschen. Auch dann nicht, wenn ihr dafür die finanzielle Unterstützung für spezielle Kandidaten versprochen wird. Sie hält diese Art der Schlichfinanzierung, der Begünstigung von an Gruppeninteressen orientierten Kandidaten noch nie vor für eine Grabschaukel der Demokratie und für einen unverzeihbaren Akt politischer Korruption. Es ist die spezielle Schuld der CDU, dieser Korruption durch direkte finanzielle Forderungen an bestimmte Interessengruppen Vorschub geleistet zu haben.

"Das wirksamste Mittel gegen den Kommunismus"

E.B.-Rom, Mitte Juli

Die christlich-demokratische Partei Italiens hat in ihrem Nationalrat eine Art "Gewissensforschung" angestellt und dabei der politisch interessierten Welt eine Sensation beschert. Kein geringerer als Parteisekretär Fanfani erklärte vor dem Nationalrat seiner Partei, die Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien Italiens auf demokratischer Grundlage werde die Demokratie in Italien festigen. Er sei überzeugt, fügte Fanfani hinzu, dass der demokratische Sozialismus das wirksamste Mittel sei, um dem Kommunismus endgültig den Weg zu verlegen.

Der christlich-demokratische Parteisekretär hat damit ausgesprochen, was fortschrittliche demokratische Kräfte in der Welt längst erkannt haben. Im Gegensatz zur CDU in der Bundesrepublik gibt es in Italien eine führende Gruppe von christlich-demokratischen Politikern, die schon seit langem in einem Kampf gegen die Sozialdemokratie und damit gegen den demokratischen Sozialismus eine Schwächung der Demokratie schlechthin erblicken. Es wird sogar behauptet, dass diese Führungsgruppe zu namhaften katholischen Geistlichen Italiens in engster Fühlung steht.

Wie weit die Entwicklung zu der Erkenntnis, dass der demokratische Sozialismus die Barriere für den Kommunismus in Europa ist, geht, zeigt der Hinweis Fanfanis auf die Erstarkung der sozialistischen Internationale. Langsam, meinte Fanfani vor dem Nationalrat seiner Partei, würden in Europa die Kräfte des politischen Katholizismus von den Kräften des demokratischen Sozialismus in die Defensive gedrängt. Man müsse aber im Interesse der Erhaltung der Demokratie in Europa diese Entwicklung in Kauf nehmen, obwohl er sich bewusst sei, dass sie schliesslich zu einer "Wachablösung" führen werde.

Sehr interessante Ausführungen machte auch Fanfani über die Rolle, die die christlich-demokratische Partei in Italien angesichts dieser Situation zu spielen habe. Es sei Pflicht der christlichen Demokraten, den sozialistischen Vormarsch selbst um den Preis von Opfern nicht zu behindern, wenn dieser der Erhaltung der Demokratie diene. Die "neue politische Wirklichkeit" stelle die italienischen christlichen Demokraten vor "neue Aufgaben", die nur bewältigt werden könnten, wenn man sie rechtzeitig erkenne. Fanfani deutete in seinem Bericht auch an, dass 1958 in Europa durch einen Wahlsieg der deutschen Sozialdemokraten und

die mögliche Wiedervereinigung der italienischen sozialistischen Parteien ein neues Gesicht erhalten könne. Die christlichen Demokraten müssten "Vorsicht und Wachsamkeit" walten lassen und versuchen, die Kontrolle über diese neue Entwicklung zu behalten.

Auch Außenminister Pella unterstützte die Thesen seines Parteifreundes Fanfani. Der Versuch, die sozialistische Internationale zu einem Aktionszentrum des demokratischen Sozialismus zu machen, dürfe von den christlichen Demokraten nicht gestört werden. Dieser Versuch diene der Demokratie in Europa. Pella fügte hinzu, es sei natürlich für einen christlichen Demokraten schwierig, diese Entwicklung ohne Unruhe zu betrachten, aber man dürfe sie nicht hindern, wenn man vermeiden wolle, dass der Kommunismus stärkeren Einflusse gewinne.

Die Reden Fanfanis und Pellas sind in der italienischen Öffentlichkeit stark beachtet worden. Man schliesst aus den Erklärungen der beiden führenden christlichen Demokraten Italiens, dass sich die stärkste Regierungspartei nicht mehr in der Lage sieht, allein den Kommunismus niederzuhalten. Obwohl Italien ein durchaus katholisches Land ist, konnte es der christlich-demokratischen Union in den letzten Jahren nicht gelingen, Millionen katholischer Arbeiter vom Kommunismus fernzuhalten. Dagegen werden die Einigungsbestrebungen der sozialistischen Parteien von den italienischen Arbeitern und Bauern stark unterstützt. Gute Kenner Italiens glauben sogar, dass die Einigung der sozialistischen Parteien zu einer grossen Abwanderung vieler katholischer Arbeiter von der christlich-demokratischen Partei zu den Sozialisten hin führen würde. Da Fanfani und Pella diese Möglichkeit wahrscheinlich ebenfalls einkalkulieren, wollen sie jetzt - so wird in Rom behauptet - durch die im Nationalrat ihrer Partei zum Ausdruck gebrachte Haltung den erwarteten Abwanderungsprozess ihrer Arbeiteranhänger stoppen. Unabhängig davon jedoch, welche Gründe Fanfani und Pella für ihre Erklärungen gehabt haben mögen - die Tatsache des Dingenstandnisses, dass der demokratische Sozialismus das wirksamste Mittel gegen den Kommunismus sei, eröffnet interessante Perspektiven in der italienischen, aber auch in der gesamten europäischen Politik.

'Ein Schelm, wer Arges dabei denkt ...'

H.E.D. Aus der Keuschwelt gelangt zu uns die Kunde, dass ein Mann, der sich selbst einmal voll Stolz als den "Verteidiger der christlichen Kultur" bezeichnete, in Kürze wahrscheinlich dem Kadi zugeführt wird, weil er die von ihm so oft beschworene christlichen Sitten gräßlich verletzt hat. Der Mann heißt Roy Cohn und war Berater des sattem bekannten Senators und Hexenjähgers McCarthy. Heute ist Cohn Verleger des pornographischen Magazins "Der Tiger" und juristischer Berater der Firma "American News Co". In dieser "ruhmvollen" Eigenschaft steht er jetzt unter Anklage, unzüchtige Schriften in den Handel gebracht zu haben. Der Senator ist tot, und seinem Seelenfrieden erweist man die größte Ehre, wenn man über ihn und seine Taten den Mantel des Schweigens breitet. Mr. Cohn aber lebt, recht gut sogar, denn man darf ruhig vermuten, dass der Direktorposten eines pornographischen Verlages auch in den USA einigermaßen gute Einkünfte abwirft. Leider, leider. Man möchte vor Scham das Haupt verhüllen, dass ein Mann wie jener demagogische Anwalt christlicher Sitte und Moral, jener so tugendhafte Ritter vom heiligen Capitol nach dem Ableben seines Meisters durch widrige Umstände (dies Aufbegehren des Bürgers gegen schleichenden Gesinnungsterror) gezwungen wurde, die dunklen Pfade eines wenig ehrbaren Gewerbes zu wandeln. Aber vielleicht bedauert sich Mr. Cohn weniger als seine vielen Mitläufer auf beiden Seiten des grossen Teiches es tun werden, denn Geld ist Geld.

Es ist schon ein eigen Ding mit der Tugend. Ein jeder von uns sollte wissen, dass sie meist nur in Verborgenen blüht. Aber Mr. Cohn denkt und möchte vielleicht anders darüber, damals als er im Privatleben Tausender amerikanischer Menschen herausknüffelte, heute da er Tausenden amerikanischen Bürgern für harte Dollars etwas unverhüllte Weiblichkeit zeigt. Gibt das McCarthy was des McCarthy ist und dem Dollar was des Dollars ist. O arme Tugend in der Welt, da solche Ritter sich um deine Krone streiten. Wo ist der Bajazzo, der darüber sein gekrümmtes Gelächter ausstirmt, wo sind jene ehrsamem Kaffeekränzchen, in denen ein Cohn persona grata war, die nicht jetzt sich schämen müssen. Aber auch mit der Scham ist es ein eigen Ding. Einst mussten sich von Amte wegen viele Menschen in den Staaten ob ihrer politischen Jugendtünden schämen, heute sollten sich einige wegen ihrer Begierde, andere zu verfolgen, schämen. In beiden Fällen aber ist ein Mr. Cohn der Schlüssel zu einem Geheimnis. Ei bewahre, Geheimnis? Nein, zu einer sehr schmutzigen Sache.

Grosse Worte - kleine Taten

Von Hans Reymann

Noch keine zwei Jahre ist es her, als der Bundeskanzler in seinem Urlaubsort in der Schweiz noch einmal, wie auch schon bei der Regierungserklärung 1953, davon sprach, dass man eine umfassende Sozialreform durchführen wolle und diese für ihn das innerpolitische Thema Nr. 1 schlechthin sei. Inzwischen hat der Deutsche Bundestag seine Pforten geschlossen und die sozialpolitische Tätigkeit für diese Legislaturperiode beendet. Was aber ist aus der Ankündigung der Regierung bezüglich umfassende Sozialreform geworden? Es kann nicht schaden, noch einmal einige Fakten in Erinnerung zu rufen.

Am 14. und 15. Januar 1956 voranstaltet die SPD unter dem Thema "Die Neuordnung Deutschlands" einen Kongress in Köln. Der SPD-Abgeordnete, Prof. Schälenberg, spricht über das Thema "Unser Weg zur Sozialreform". Er stellt noch einmal fest, wie wenig die Regierung trotz aller Versprechungen bisher an Vorarbeiten geleistet hat. Damit wenigstens noch in dieser Legislaturperiode ein dringendes Teilproblem gelöst wird, kündigt er einen SPD-Gesetzesentwurf für die Neuregelung der Rentenversicherung an. Wenn schon keine Sozialreform, dann soll doch wenigstens noch eine Hilfe für die Alten und Invaliden beschlossen werden. Er fordert u.a. die automatische Anpassung der Renten an die Lohn- und Gehaltsentwicklung.

Ein Druck auf den Knopf der Propagandamaschine und schon zwei Tage später, am 18. Januar 1956, lässt die CDU-Regierung durch ihre Stellen verkünden, dass sich das Sozialkabinett mit der Neuordnung der sozialen Leistungen befasst habe. Das Kernstück der Neuordnung sollte der Übergang von der statischen zur sogenannten dynamischen Leistungsrente werden. Unter dem Druck der Interessentenkreise wird diese Ankündigung aber schon einen Monat später widerrufen. Am 17.2.1956 heisst es deshalb, man habe sich aus "sprachlichen Gründen" für die "Produktivitätsrente" entschieden. Ausser diesen Ankündigungen geschieht aber von Seiten der Regierung nichts Konkretes.

Am 18. April 1956 legt die SPD ihren Gesetzesentwurf zur Neuregelung der Rentenversicherung dem Bundestag vor. Er enthält, wie schon in Köln angekündigt, Vorschriften über die Anpassung der laufenden Renten an den derzeitigen Lohn- und Gehaltsstand und für eine jährliche automatische Anpassung. Kommentare der Presse: "Die SPD hat Wort gehalten, die SPD war schneller als die Regierung".

Diese Schlagzeile musste wett gemacht werden. Nach erregten Auseinandersetzungen im Regierungslager entschliesst sich der CDU-Arbeitsminister dazu, am 19. April einen sogenannten "Grundentwurf" in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit zu übergeben. Es handelt sich um einen nicht fertig gewordenen zudem vom Kabinett noch nicht einmal behandelten Entwurf. Es fehlen wichtige Vorschriften, vor allem für das Recht der Angestellten und eingehend begründete Finanzierungsvorschriften. Kommentar in Fachkreisen: "Eines Ministeriums unwürdig, aus rein taktischen Überlegungen, die halbfertige Arbeit in die Diskussion zu bringen."

Am 21. Juni 1956 wird endlich der Regierungsentwurf für die Rentenversicherung dem Parlament zugeleitet. Die Beratungen aber werden wegen der von der CDU/CSU gewünschten Verabschiedung der Wehrgesetze bis nach den Parlamentsferien auf den 5. September vertagt.

Bei den jetzt folgenden Ausschussberatungen stellt sich heraus, dass die CDU/CSU noch nicht einmal ihren Regierungsentwurf beibehalten will. Sie ist vor allem gegen jegliche Automatik. Sie ändert und verschlechtert die Vorlage und lehnt selbstverständlich Verbesserungsvorschläge der

SPD in Bausch und Bogen ab.

Am 16. Januar 1957 beginnt, nach heftigem Widerstand der CDU/CSU gegen die von der SPD im Dezember geforderten Vorschusszahlungen (2. Sonderzulagengesetz), die 2. Lesung der Gesetze im Bundestag. Die SPD legt insgesamt 150 Änderungsanträge vor. Sie werden, genau wie auch in der 3. Lesung, in der Mehrzahl abgelehnt. So vor allem die Anträge auf Elternrenten, Pflegegeld, volle Anrechnung von Krankheits- und Arbeitslosigkeitszeiten bei der Rentenberechnung, Beibehaltung der Selbstversicherung und Weiterversicherung im bisherigen Umfang, automatische Anpassung und Anpassung der Renten an den jeweiligen Lohnstand und Anrechnungsfreiheit der Mindesterhöhungen.

Die SPD stimmt den Gesetzen zu, weil sie wenigstens für einen Teil der Alten und Invaliden Erleichterungen bringen. Sie weist aber in ihrer Erklärung zur Schlussabstimmung auf die noch bestehenden Mängel hin.

Ab April 1957 beginnen die Postanstalten mit der Umstellung der Renten und der Auszahlung der Nachzahlungen. Wie von der SPD vorausgesagt, stellen sich eine ganze Reihe von Ungerechtigkeiten heraus. Insbesondere die Anrechnungsfälle mit Kürzungen im Bereich der Kriegsopferversorgung und des Lastenausgleichs verursachen grosse Unruhe bei den Rentnern. Angesichts der Mitteilungen der Lastenausgleichs- und Versorgungsämter, dass die Rentenerhöhungen auf die übrigen Leistungen angerechnet werden, also in vielen Fällen die Rentner nichts oder weniger erhalten, als sie vorher hatten, verteilt der Bundeskanzler einen Brief an alle Rentner, in dem er heisst: "Die neue Rente ist gerecht, weil sie in jedem Einzelfall individuell bemessen wird." Der Abgeordnete Stücklen von den Regierungsparteien, der noch im Januar die SPD-Anträge, die die Anrechnungen verhindern sollten, niederstimmte, bittet den Bundeskanzler, dafür zu sorgen, dass die Anrechnungshürden beseitigt werden!

Und was ist sonst noch in Sachen Sozialreform geschehen? Statt der von der SPD beantragten Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall wird das Krankengeld zwar auf 65 % des Grundlohnes erhöht und ein Zuschuss bis zu 90 % des Nettolohnes gewährt, dem Arbeiter aber die Bezahlung der Sozialversicherungen überlassen, der jetzt mit einer Erhöhung der Krankenkassenbeiträge rechnen muss. Die längst fällige Reform der Kindergelagesetze wird abgelehnt und statt dessen ein 4. Gesetz beschlossen. Das Kindergeld wird um DM 5.-- erhöht, die Beitragsunterlagen entrichtet, vor allem für die kleinen und mittleren Selbständigen, nicht beseitigt. Die Reform der Unfallversicherung wird von der CDU/CSU vertagt, nachdem man noch im Jahre 1956 SPD-Anträge zur Erhöhung der Unfallrenten abgelehnt hatte und versicherte, man wolle eine umfassende Reform durchführen. Jetzt, 1957, will die CDU/CSU nur die Erhöhung der laufenden Unfallrenten durchführen und die Reform dem neuen Bundestag überlassen. Bei der Altersversicherung der Landwirte werden trotz der Anträge der SPD die mithelfenden Familienangehörigen nicht berücksichtigt. Das Jugendarbeitsschutz-Gesetz genau wie die Reform der Krankenversicherung wird überhaupt nicht mehr beraten.

Diese Liste unterstreicht nur die Ausführungen des Jesuiten-Pater Nell-Brenning, der scharfe Kritik an der Sozialgesetzgebung der CDU/CSU übt. Wie peinlich muss es den Rednern der CDU/CSU sein, wenn sie von den Wählern in den Versammlungen an das Versprechen "umfassende Sozialreform" erinnert werden! Der Traum, mit CDU/CSU Sozialpolitik beim Wähler Eindringen zu schinden, ist schneller als die CDU/CSU glaubte in ein Nichts zerfallen. Flickwerk mit zwangsläufigen Ungerechtigkeiten lässt sich nicht als "umfassende Reform" ausgeben.

"Nicht zu verantworten"

Senator Strassburg über Adenauers Wahlreden: "Den Deutschen ist es bisher leider nicht gelungen, sich etwas von jener Fairness anzueignen, die bei aller Härte der Auseinandersetzungen auch während der propagandistischen Stürme der Wahlvorbereitungen die Engländer nicht verlässt. Sie danken immer an die Notwendigkeit, im Parlament mit dem Gegner des Wahlkampfes wieder zusammenarbeiten zu müssen. Die deutschen Politiker dagegen scheinen sich nur nach dem Wort: "Nach uns die Sintflut!" zu richten. - Man braucht wirklich kein Freund der SPD zu sein und keineswegs ihren Wahlsieg zu wünschen, um trotzdem zu der Ansicht zu gelangen, dass solche Worte (wenn SPD an die Macht käme, so bedeute dies den Untergang Deutschlands) in einer parlamentarischen Demokratie ein recht starker Tabak sind. Sie bleiben auch dank unverständlich und unentschuldigbar, wenn man sich darüber im klaren ist, dass Wahlreden nicht mit der Goldwaage auf ihren Wert gewogen werden dürfen. Selbst ein Regierungschef und Vorsitzender der stärksten Partei muss verantworten können, was er sagt. Die Aussprache vom Untergang Deutschlands aber ist nicht zu verantworten. Schliesslich hat die SPD bei der Bundestagswahl 1953 nicht weniger als 28 % der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen können. Gegenwärtig sprechen sogar alle Anzeichen dafür, dass es am 15. September ein höherer Prozentsatz sein wird. Diese von Dr. Adenauer so unsachlich angegriffene Partei hat seit dem Bestehen der Bundesrepublik bei aller Distanzierung vom politischen Kurs der Bundesregierung absolut sachlich und fair in allen demokratischen Gremien mitgearbeitet. Es ist nicht zuletzt dem Einfluss dieser Partei auf die Massen der Arbeiterschaft mit zu verdanken, dass dem Kommunismus, auf den Dr. Adenauer bei seinem Wort vom Untergang Deutschlands vermutlich anspielen wollte, heute keine Bedeutung mehr beizumessen ist. In zahlreichen Bundesländern hat die SPD die Regierungen gestellt oder ist massgebend an ihnen beteiligt. Dabei ist von ihr - was objektiv anerkannt werden muss - durchaus gute und sachliche Arbeit geleistet worden. Man kann verstehen, wenn die Ministerpräsidenten dieser Länder nach den letzten Aussprachen Dr. Adenauers kein Verlangen mehr spüren, sich mit ihm an einen Tisch zu setzen. Man kann aber nicht verstehen, dass der Wahlkampf immer wieder dazu herhalten muss, völlig unqualifizierte Aussagen zu verbreiten. Über die Existenz der SPD mag man erfreut oder verärgert sein. Sie als Untergang Deutschlands zu bezeichnen, ist aber jeder politischen Kunst."

+ + +

Ankündigung für die Redaktionen:

Der SPD-Pressedienst veröffentlicht morgen, 17. Juli 1957, einen Artikel des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Wilhelm Kellies: "Wer verschuldet Deutschlands Untergang?"

+ + +

Verantwortlich: Günter Markschöffel